

Weltliche



Weltliche

100 Markt

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Ullstein.
Verantwortlich im Amt: H. Handelex, J. E. Eban, Berlin, Ullstein.
Nachdruck ohne Erlaubnis ist ausdrücklich, wenn Foto beiliegend.

Schreibleitung: Berlin SW 68, Kodifizierg 22-26

Postbezugs-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 9600 - 9605,
für den Fernverkehr: Am Dönhofs 9600 - 8605, Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postschlüsselnummer Berlin 950.

Ist Frankreich verhandlungswillig?

Der „Ausbau“ der Aktion.

Drahtmeldung der „Sozialen Zeitung“.
Paris, 10. März.

Das Interesse für die bevorstehende Reise Poincarés nach Brüssel ist nicht groß, weil man annimmt, daß die Verhandlungen sich ausschließlich um den „Ausbau“ der französischen Forderungen im Ruhrgebiet und im Rheinland betreffen werden. Die öffentliche Meinung Frankreichs erwartet nach den früheren Enttäuschungen mit dem Beginn der Aktion nichts mehr von dem angestrebten „Ausbau“. Das ganze Interesse erhebt sich auf die Frage, wann Verhandlungen mit Deutschland möglich werden und was von Erfolg zu erwarten ist. Die französischen politischen Kreise sind nun davon überzeugt, daß der Verhandlungsstil auf deutscher Seite mindestens eben so groß ist, wie im französischen Lager. Man legt dem Umstand, daß der Weidensberg unter den gegenwärtigen Umständen nicht von der vorherigen Natur des Ruhrgebietes abhängig gemacht hat, große Bedeutung bei und nimmt weiter an, daß Streikmaßnahmen die Aufgabe übernehmen sollte, im Einverständnis mit dem Reichstagler zu sagen, was von Vertretern der Reichsregierung unter den gegenwärtigen Umständen nicht mit aller Offenheit gesagt werden konnte.

Das „Cato National“ bespricht, daß die Reichsregierung eine „optimistisch“ beurteilt werden und als Symptom für die weit eintretende Möglichkeit von Verhandlungen angesehen wird. Das elementare Thema meint, als Vorbereitung von Verhandlungen sei der Rücktritt Camus zu betrachten.

Die „Hilfsdemokratische, Ce Re Nouvelle“ erklärt, Frankreich und Deutschland dürfen sich in diesem ersten Stadium nicht durch prinzipielle Gründe von einer Gesprächsmöglichkeit abhalten lassen. Frankreich sieht nicht den Bedarf der Schwäche auszuweisen, wenn es einen Plan für die endgültige Regelung der stehenden großen Fragen öffentlich bekannt macht und Deutschland dadurch überzeugt geht, sich zur Annahme oder Förderung der Bestimmungen bereit zu erklären. Der Autor ist demgegenüber die in maßgebenden Kreisen vorherrschende Auffassung vor, wenn er betont, daß es Deutschlands Sache ist, Vorstöße zu unterbreiten.

Das „Gedankenmagazin“ bespricht im Vortitel die Ausherrschung durch den Vertrag über die Unterzeichnung der französischen Sondervereinbarung, durch die der Versailles Vertrag berührt werde. Das Blatt bemerkt dazu, daß durch die englischen Politik komme in der Erklärung des Camus einen großen Abschied, der Versailles Vertrag sei eine wesentliche Absicht, die bis jetzt nur die Grenze auf dem Kontinent verändert habe, weil England diese hauptsächlich führte. Die Stunde sei gekommen, wo sich entscheiden müßte, ob das Schicksal des europäischen Konfliktes in London, oder dem Ausgang eines außerparlamentarischen Überflusses, oder in Paris entschieden werden sollte. Deutschland selbst läßt sich mit der Antwort auf diese Frage nicht zögern, wenn es sich nicht außerhalb der internationalen Gemeinschaft stellen sollte.

Die Verhaftung Philippe Müllers über einen europäischen französischen Agenten hat eine große Aufmerksamkeit erregt und wird in allen europäischen internationalen Kreisen lebhaft kommentiert. Mit diesen Unterhaltungen steht gleichzeitig die Frage im Vordergrund, wie Deutschland sich zu einseitigen französischen Vorfällen dieser Art verhalten müßte. Man sieht hier, wie sehr es von englischer Seite alles versucht wird, um einen deutsch-französischen Ausgleich auf einer Sondergrundlage zu verhindern.

Neues deutsches Reparations-Programm?

Drahtmeldungen der „Sozialen Zeitung“.
Paris, 10. März.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ übermittelt seinem Blatt ein sensationelles Telegramm, in dem er erklärt, von maßgebenden diplomatischen Kreisen sei ihm mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung sich mehreren Tagen an der Fertigstellung eines neuen Reparationsprogramms arbeite. Dieses Programm werde auf dem Prinzipien der Versailles die Besetzung in Paris bei der letzten Konferenz vertagen sollen, erstere sich jedoch in mehreren wesentlichen Punkten von diesem Projekt, besonders hinsichtlich der Cash-Form.

Das Projekt bestche aus fünf Teilen: 1. Sachleistungen, 2. Darlehenen, 3. Garantien, 4. Äußere und innere Anleihe, 5. Garantie der deutschen Finanzen. Die deutsche Industrie sei ausschließlich ausgedehnt auf Opfern mehr bereit, als vor zwei Monaten. Das müßte hervorheben, daß die angestrebten Studien der deutschen Regierung kein Zeichen einer bevorstehenden Kapitulation seien, sondern nur die Vorbereitung kommenden Verhandlungen seien, die man für eine nicht allzu ferne Zeit erwarte.

Paris, 10. März.

Das Interesse für die bevorstehende Reise Poincarés nach Brüssel ist nicht groß, weil man annimmt, daß die Verhandlungen sich ausschließlich um den „Ausbau“ der französischen Forderungen im Ruhrgebiet und im Rheinland betreffen werden.

Kriegsmittler Maginot hat in Begleitung des Generala Buat Paris verlassen, um in Düsseldorf mit Dognote und Strub zu beraten. Während General Buat sofort nach Paris zurückkehren wird, bleibt sich Maginot gemeinsam mit General Dognote und dem Vorgesetzten der internationalen Rheinlandkommission, nach Brüssel, wo er an den Verhandlungen Poincarés mit der bisherigen Regierung teilnehmen wird.

Um das Godley-Abkommen.

Noch nicht ratifiziert.

Nach einer Reuter-Meldung von gestern abend ist entgegen den bisherigen Nachrichten das Godley-Abkommen von England noch nicht ratifiziert worden, weil nach seine volle Akzeptanzierung in der öffentlichen Meinung gefehlt von London nach Köln abgelehnt. Reuter kündigt an, sobald der zur Förderung stehende Plan ratifiziert sei, werde Frankreich „keine diebeilen Entscheidungen“ getroffen wie in dem Zeitraum, in dem die Regierung des Ruhrgebietes über in manden Kreisen werde eine „Qualifikation für zweifelhafte gehalten“.

Eine geführte Passa-Meldung aus London läßt erkennen, daß zwischen dem Eisenbahnabkommen, das von Godley entworfen worden ist, und der Regelung der kommerziellen Fragen, über die in der Kaufsfrage vom Oberfinanzminister Tizard und Lord Kilmarnock verhandelt wird, ein Junctum hergestellt werden soll. Die Lösung beider Streitfragen solle zu einer „allgemeinen Konvention“ führen. Der Vertreter Englands und der internationalen Rheinlandkommission habe von Frankfurt vor allem kommerzielle Entscheidungen in folgenden drei Punkten verlangt: 1. Durchgangszölle von Waren zwischen England und dem nichtbesetzten Deutschland durch das besetzte Deutschland. (Es scheint, daß der Passagier hinzu, daß die Frage anderer Vorteile gestellt sei.) 2. Durchgangszölle von Waren zwischen der englischen Seeherrschaft und dem nichtbesetzten Deutschland. 3. Anwendung der Vorschriften über den internationalen Verkehr auf das Rhein.

London, 10. März. (S. E. P.)

„Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, heute sei das gesamte bethete Rhein- und Ruhrgebiet von Deutschland abgelehnt durch etwas, was nicht weniger sei als eine Art von Völkerei. Die freie Schifffahrt auf dem Rhein ist ein internationaler Streitfrage, die durch die Schaffung der Rheinlandkommission nach dem Versailles Vertrag begründet sein sollte, die heute ausgedehnt ist. Nicht die britische Regierung allein habe die Lage mit tiefer Beforgnis an. Vorstellungen seien bei der französischen Regierung bereits erhoben worden durch die Handelsminister, die sich mit dem Rhein- und Ruhrgebiet, und weitere Vorstellungen würden, wie weisend, auch nach anderen, ebenso interessierten Stellen erfolgen.

Der Reichstagler über Löhne und Preise.

In der Reichstagsarbeit fanden in den letzten Tagen Beforderungen des Reichstagslers mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Gewerkschaften über die gegenwärtige Preis- und Lohnlage unter dem Gesichtspunkt der maßgebendsten Befolgung der wirtschaftlichen Bedürfnisse statt.

In diesen Beforderungen erklärte der Reichstagsler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Beseitigung neuer Preissteigerungen und zur Herstellung der wirtschaftlich möglichen Preisverhältnisse möglich sei.

Die Gewerkschaften wiesen bei dieser Gelegenheit auf die ersten Bedürfnisse hin, die in den Kreisen der gesamten Bevölkerung sind der Abnahme entständen, als ob die Preissteigerung lediglich weitere Erhöhung entgegenkommen würde. Demgegenüber heißt der Reichstagsler, daß auch nach Maßstab der Preissteigerung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemeine Erhöhung der Löhne der gesamten Bevölkerung den notwendigen Preisrückgang herbeiführen würde, eine der Absicht ist, die Dauer zu nähern, das von allen erste Ziel der Reichsregierung gefahren würde. Die Arbeit der Reichsregierung bewog sich in den Rahmen dieser von allen beteiligten Mitgliedern der Reichsregierung geteilten Auffassung.

Aus Dr. Mayers Pariser Zeit

von Dr. Wilhelm Fiedmann, Berichterstatter der „Sozialen Zeitung“.

Paris, 7. März.

Als gestern frühzeitig die Nachricht vom Tode des deutschen Reichstagslers hier bekannt wurde, horte man in französischen politischen Kreisen äußern, daß es niemals zur Belegung des Ruhrgebietes gekommen wäre, wenn Dr. Mayer die deutsche Reparationspolitik geleitet hätte.

Diese Annahme mag richtig oder falsch sein — es ist gewiss von erstem Interesse, zu unteruchen, was die Franzosen von dem verstorbenen Reichstagsler als Vorkämpfer des deutsch-französischen Ausgleichs und Begründer der Versöhnungspolitik in Betracht zu berücksichtigen hat. Dr. Mayer persönlich gekannt hat und seine fast übergeordneter Auszubildung beobachten konnte, wird es ohne weiteres für ausgeschlossen erklären, daß der Reichstagsler jemals ein französischer Feind gewesen wäre, von dem verstorbenen Reichstagsler hat. Man erliefen Besuch am Quai d'Orsay (29. Januar 1920) an bis zu seiner am 11. Januar dieses Jahres erfolgten Abreise überdauern, um das französische Interdium über den Ruhrgebiet zu veruchen.

Dr. Mayer hatte sich in Paris durch ein geschicktes Interview, das, wenn ich nicht irre, in „Journal“ erschienen ist, vortrefflich einseitig. Er gab darin zu verstehen, daß die „über die Verhältnisse, normale Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nach seiner Ansicht nur auf der Grundlage der durch den Kriegsausgang geschaffenen Voraussetzung möglich sei und auf reinen Verhandlungen, willige auf beiden Seiten voraussetzte. Er verstand ein „Zeit auf offener Arbeit“.

Die Anfänge der diplomatischen Tätigkeit Dr. Mayers waren verheißend. In Paris war die Genennung eines Vertreters der deutschen Reichsregierung zum Gehilfensträger als Beweis dafür betrachtet worden, daß Deutschland einen Ausgleich auf der Grundlage einer deutsch-französischen Verständigung in der Zukunft zu erwarten sei. Die Verhandlung über die deutsche Sondervereinbarung wurde, Dr. Mayer merkte bald, daß entsprechende Anregungen auf günstige Aufnahme am Quai d'Orsay rechnen konnten. Es kam dann im Frühling 1920 zu den bekannten Beforderungen zwischen dem deutschen und französischen Wirtschaftsdelegierten, die der Handelsminister (Laue) im Auftrag des damaligen Ministerpräsidenten und Ministers des Reichens Willerand persönlich eröffnete.

Die Verhandlung über die deutsche Sondervereinbarung wurde, Dr. Mayer merkte bald, daß entsprechende Anregungen auf günstige Aufnahme am Quai d'Orsay rechnen konnten. Es kam dann im Frühling 1920 zu den bekannten Beforderungen zwischen dem deutschen und französischen Wirtschaftsdelegierten, die der Handelsminister (Laue) im Auftrag des damaligen Ministerpräsidenten und Ministers des Reichens Willerand persönlich eröffnete.

Die Verhandlung über die deutsche Sondervereinbarung wurde, Dr. Mayer merkte bald, daß entsprechende Anregungen auf günstige Aufnahme am Quai d'Orsay rechnen konnten. Es kam dann im Frühling 1920 zu den bekannten Beforderungen zwischen dem deutschen und französischen Wirtschaftsdelegierten, die der Handelsminister (Laue) im Auftrag des damaligen Ministerpräsidenten und Ministers des Reichens Willerand persönlich eröffnete.

Die Verhandlung über die deutsche Sondervereinbarung wurde, Dr. Mayer merkte bald, daß entsprechende Anregungen auf günstige Aufnahme am Quai d'Orsay rechnen konnten. Es kam dann im Frühling 1920 zu den bekannten Beforderungen zwischen dem deutschen und französischen Wirtschaftsdelegierten, die der Handelsminister (Laue) im Auftrag des damaligen Ministerpräsidenten und Ministers des Reichens Willerand persönlich eröffnete.

Die Verhandlung über die deutsche Sondervereinbarung wurde, Dr. Mayer merkte bald, daß entsprechende Anregungen auf günstige Aufnahme am Quai d'Orsay rechnen konnten. Es kam dann im Frühling 1920 zu den bekannten Beforderungen zwischen dem deutschen und französischen Wirtschaftsdelegierten, die der Handelsminister (Laue) im Auftrag des damaligen Ministerpräsidenten und Ministers des Reichens Willerand persönlich eröffnete.